

Bericht der Arbeitsgruppe "Arbeiterkontakte"

Die Berichte der Gruppen Kiel, Oldenburg, Lüneburg, Lubeck und Hamourg zeigen, das bisher hauptsächlich auf zwei Wegen der Kontakt mit den Arbeitern gesucht wurde.

Einmal waren es die Versuche, über die Mitarbeit an Seminaren der gewerkschaftlichen Bildungsorgane eine Politisierung insbesondere der Lehrlinge und Jungarbeiter zu erreichen. Diese Versuche führten in Oldenburg, wo diese Arbeit seit längere Zeit von einigen Genossen betrieben wurde, zu einer Verbreitung der Gruppenbasis. Erwartungsgemäß konnten innerhalb der Organisation die reformistischen Positionen nicht aufgebrochen werden. Der dahingehende Versuch führte zur Isolierung der beteiligten Genossen. In Lüneburg hatte dieselbe Arbeit keine Auswirkung auf die Struktur der Gruppe. Diese besteht nach wie vor ausschließlich aus FH-Studenten.

Zum anderen waren es die sporadischen Versuche der Massenmobilisierung in solidarisierungsfähigen Situationen, wie bei der Anti-Notstandskampagne und den Osterereignissen.

In Hamburg wurden im Fall Kampnagel 1200 Arbeiter und Angestellte durch rücksichtslose Rationalisierungsplanungen des DEMAG-Konzerns, die unter Vortäuschung der Unrentabilität des Betriebes betrieben wurden, durch Entlassung bedroht. Es wurde eine Flugblattoffensive eröffnet, in der die Eigeninitiative der Arbeiter gefordert und die Notwendigkeit der Besetzung und der Übernahme des gesunden Betriebes propagiert wurde. Die massive konzertierte Reaktion von Springer-Presse, Senat, SPD, Gewerkschaft und des Betriebsrates erreichten ihr Ziel, die Diffamierung des SDS. Eine vorbereitete Informationsveranstaltung konnte das Vertrauen in den Betriebsrat, der seine schwache Position durch Initiierung eines "wilden Streiks" aufgepoliert hatte, nicht erschüttern. Es entwickelten sich keine direkten Kontakte.

Ein ähnliches Ergebnis hatte die aufwendige "Gegen-Bild-Zeitungs-Aktion", die der nach den Osterereignissen gebildete "Ausschuß Hamburger Arbeiter, Studenten und Schüler" im Harzgebiet durchführte. Der Ausschuß bestand hauptsächlich aus nichtstudentischen, durch die Ereignisse aktivierten Sympathisanten.

Ebenso folgenlos für die Struktur der Hamburger Gruppe blieb der "Hamburger Arbeiter- und Studentenausschuß", der zum Zwecke der Einleitung einer Zusammenarbeit zwischen dem DGB Hamburg und der Studentenschaft gegründet worden war. Die gewonnenen Kontakte zu Vertrauensleuten und unteren Funktionsgruppen brachen mit dem Ende der Notstandskampagne ab.

Wie in Hamburg, das zeigten die Berichte der anderen Gruppen, blieben längere Kontakte mit der Arbeiterschaft fast ausschließlich auf KPD-orientierte Personen beschränkt. Diese brachten dann lediglich die eigenen Kontaktschwierigkeiten in voraorganisierte Diskussionen über eine mögliche Arbeiterpolitik ein.

Als Hauptschwierigkeit, die die Stabilisierung der Kontakte verbaute, müssen neben den Vermittlungsschwierigkeiten das Fehlen der Analyse der lokalen Wirtschaftssituationen gelten, die eine fruchtbare agitatorische Vorarbeit in den Betrieben erst ermöglicht hätten, das wiederum als Bedingung für eine breite und dauerhafte Solidarisierung gelten muß.

Beim
Fehl
d.

Außerdem waren in den SDS-Gruppen keine organisatorischen Vorbereitungen zur Integration dieser spezifischen Sympathisanten-Gruppen betroffen, was dann unter dem jeweils herrschenden Zeitdruck zu folgenreichen Fehlplanungen in der Arbeitsteilung führte. Im Fall des "Ausschuß Hamburger Arbeiter, Studenten und Schüler" bedeutete dies, daß die Sympathisanten durch die Zuerteilung bloßer Handlangerfunktionen zwangsläufig inaktiviert wurden.

Insgesamt haben die Schwierigkeiten dieser Projekte einen erheblichen Teil des Arbeitspotentials absorbiert und zur Vernachlässigung der Hochschularbeit geführt. Das hatte zur Folge, daß das mobilisierte studentische Potential zumindest vorübergehend verlorenging.

Die insgesamt negativen Ergebnisse und Erfahrungen, - das zeigte sich in den Gruppenberichten der Regionalkonferenz - sind nicht nur auf jeweils mangelhafte oder fehlende organisatorische Vermittlungsschwierigkeiten zurückzuführen, sondern primär auf das lethargische, in den Normen gewerkschaftlicher Integrationspolitik befangene Bewußtsein der Arbeiter.

In den Gruppen herrscht Übereinstimmung darin, daß in der Arbeiterpolitik die Lehrlingsagitation mit dem Ziele der Entwicklung von Ansätzen einer revolutionären Organisation **aktuell** wird. Dieser Ansatz scheint, wie die theoretische Diskussion des Projekts durch die gebildete Arbeitsgruppe zeigte, **inständig**, die aufgezeigten Mängel der direkten Arbeiterkontaktierung weitgehend auszuschießen, und wenn er sich in funktionierende Betriebsorganisationen fortsetzt, auch die Möglichkeit einer **organisatorischen** Ausweitung auf die Jungarbeiter rähig.

Insbesondere ist die Möglichkeit einer Politisierung der Lehrlinge und die Initiierung einer Selbstorganisation durch die entwicklungspsychologische Situation der Lehrlinge gegeben. Die materielle Interessiertheit an einer Änderung ihres Status ergibt sich zwangsläufig aus der Zukunftslosigkeit und dem offen zutage tretenden Ausbeutungscharakter ihrer Tätigkeit. Dies ist gerade für die Lehrlinge, die den Integrationsmechanismus des Betriebes noch nicht durchlaufen haben, unmittelbar einzusehen.

Spezifische Schwierigkeiten, wie die aus der viel zu früh erzwungenen Berufswahl folgen den Fehlorientierungen. Milieubedingte stärkere Wirkung sexueller Tabus und die traditionell der sexuell besonders leistungsfähigen Jugend zugemutete Enthaltsamkeit, bei der gleichzeitigen allgemeinen Zugänglichkeit der Verhütungsmittel, die Verstärkung von Minderwertigkeitsgefühlen bei der durch den Zwang der Einordnung in den Arbeitsprozeß auftretende Identifikation mit den erwachsenen Kollegen u.a. ergeben ein Syndrom von **Gegensätzen** zur bestehenden sozialen Organisation, die gekennzeichnet **ist** durch Herrschaft, Leistungsdruck und Versagung.

Dies erklärt zum Teil die beobachtete aggressive **Erscheinung** dieser Gruppe, die spätestens nach der zur Antimanipulations-Demonstration umfunktionierten-Vietnam-Demonstration vor dem Gebäude des Springer-Konzerns durch außerordentliche harte und konsequente Aktionen hervortrat. Dabei zeigte sich aber auch, daß die Rolle des Springer-Konzerns und insbesondere das von der BILD-Zeitung in die Betriebe projizierte Bild der Schüler und Lehrlinge, von den betroffenen rezeptiert worden war.

Bei massenhaften Konfrontationen zwischen Polizei, Schülern und Lehrlingen, die sich nach Beat-Veranstaltungen mit lockern solidarisierten, hatten diese die Brutalität der Executive und gleichermaßen die Servilität der Springer-Presse gegenüber der Administrative schon vor den Studenten erahnen. Wie sich in den späteren Diskussionen andeutete, hatten diese frühen Ereignisse Ansätze zur Klärung des politischen Zusammenhangs vorbereitet.

In der Diskussion über die Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit einzelnen politisierten Lehrlingen bot sich die Agitation an den Berufsschulen an.

Die Hamburger Gruppe plant für diesen Zweck an zwei Gewerbeschulen für metallverarbeitende und kaufmännische Berufe eine Flugblattaktion für mehrere Wochen, in der die in einer vorbereitenden Projektgruppe arbeitsteilig behandelte Thematik der Widersprüche im Betrieb und in der Schule, die Funktion der herrschenden Berufs-ideologie und der Gewerbelehrer als Agenten derselben, einsichtig gemacht werden soll.

1) Dazu wurde von den in der traditionellen Bildungsarbeit erfahrenen Genossen eingewandt, daß man die Lehrlinge nur im Betrieb kollektiv ansprechen müsse, weil die dort stattfindende Diskussion erst den Entschluß zur Initiative bewirken könne. Die Organisation auf Betriebsebene scheint aber wegen der Repression am Arbeitsplatz und der wahrscheinlichen Fixierung auf die Betriebs-sphäre die Gefahr der Stagnation auf einer vorsyndikalistischen, reformistischen Stufe zu beinhalten. Zum anderen überschreitet die Initiierung auf breiter Ebene unsere organisatorischen und materiellen Potenzen. Sie kommt als Organisationsform erst für eine spätere Phase in Betracht.

Bei der Organisation der ersten Phase, die mit der Etablierung eines revolutionären Organisationskomitees mit potentiellen Ansätzen zur Totalisierung der Organisation enden sollte, wie sie zum Beispiel im AUSS angelegt sind, kann auf die Erringung bei der Konstituierung dieser Organisation zurückgegriffen werden.

Es wurde außerdem die Möglichkeit der regionalen Ausweitung des Versuchs diskutiert. Dabei wäre zum Beispiel die Lubecker APO-Gruppe schon aus personellen Mängeln auf direkte Kooperation mit der Hamburger Gruppe angewiesen.

Die Kieler Gruppe ist augenblicklich mit einer Gruppe Junggewerkschaftler dabei, die Mitbestimmungsborderungen des DGB zu analysieren. Die Diskussion organisierter Umsetzung erarbeiteter theoretischer Positionen tendiert auch dahin, die Erweiterung der bestehenden stabilen Kontakte zu Lehrlingen mit Vorrang zu behandeln. Allerdings gibt es noch keine praktischen Ansätze zur Organisation derselben.

Die Lüneburger Gruppe plant, die in der Beteiligung an der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gewonnenen Sympathisanten über die dort zwangsläufig weitgehend reformistischen Ansprüche in theoretischen Arbeitskreisen hinauszutreiben. Eine direkte Kooperation kommt jedoch aus strukturellen Gründen noch nicht in Betracht.

Ausführlich wurde der Punkt Zusammenarbeit mit den politisierten und durch die dogmatische Haltung der Organisationsspitze isolierten SDAJ-lern diskutiert, die sich zum Teil in der traditionellen gewerkschaftlichen Jugendarbeit und betrieblichen Lehrlingsvertretungen befinden. Es wurde erwogen, die Etablierung des Projekts als autonome Arbeitsgruppe in der SDAJ in Hamburg praktisch zu versuchen.